

Sprechzeiten:
Montag und Donnerstag
zwischen 9 und 12 Uhr

Telefon: 3 61-5541 oder 361-
 Telefax: 361-5326
 e-Mail: office@versorgungsamt.bremen.de

Außenstelle Bremerhaven
Hinrich-Schmalfeldt-Str., Stadthaus 4,
27576 Bremerhaven
 Montag – Freitag 9 bis 13 Uhr
 Telefon: 0471-5902252

An das
Versorgungsamt
 Friedrich-Rauers-Str. 26
 28195 Bremen

Antrag auf Durchführung eines Feststellungsverfahrens nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX)

Ich beantrage die Feststellung einer Behinderung, des Grades der Behinderung sowie der hierdurch bedingten gesundheitlichen Merkmale für die Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen.

Aufgrund der obigen Feststellungen beantrage ich, mir einen Ausweis auszustellen.

Zur Bearbeitung dieses Antrages werden Sie gebeten, die nachstehenden Fragen sorgfältig und vollständig - in Maschinen- oder Druckschrift- zu beantworten.

Ihre Angaben werden mit Hilfe einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert. Sie werden darauf hingewiesen, daß diese Angaben für die rechtmäßige Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB IX erforderlich sind (§ 67a X. Buch des Sozialgesetzbuches -SGB X-). Nach § 60 des Allgemeinen Teils des Sozialgesetzbuches (SGB I) sind Sie verpflichtet, diese Angaben zu machen.

Sie werden außerdem darauf hingewiesen, dass das Versorgungsamt zur Erfüllung einer Aufgabe nach dem Sozialgesetzbuch oder eines damit zusammenhängenden gerichtlichen Verfahrens (§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 des SGB X) auch im Zusammenhang mit einer gesundheitlichen Begutachtung zugänglich gewordene Sozialdaten übermitteln darf, es sei denn, Sie widersprechen.

Zutreffendes bitte ankreuzen oder ausfüllen

Tagsüber erreichbar unter Telefon-Nr.:

Angaben zur Person

Name	Vorname	
Geburtsname	Geburtsdatum	Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Straße, Hausnummer	PLZ, Wohnort	
Geburtsort/-land	Staatsangehörigkeit	
Weitere Wohnsitze (auch Auslandswohnsitze)	Ich bin erwerbstätig: <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
Gesetzlicher Vertreter/Bevollmächtigter: Bitte ggf. Betreuerausweis oder Vollmacht beifügen!	Name, Vorname	
	Straße, Haus-Nr.	
	PLZ, Wohnort	

Aufenthaltstitel

Von Ausländern und Staatenlosen ist der Aufenthaltstitel erforderlich.
 Eine Kopie ist beizufügen!

Soll Ihr Antrag auf Feststellung nach dem SGB IX **alle** bei Ihnen bestehenden Gesundheitsstörungen umfassen?

ja **oder** nein

Bei „nein“ werden nur die Gesundheitsstörungen berücksichtigt, die Sie angegeben haben.

Angaben zur Behinderung und zu ärztlichen Behandlungen (in den letzten 5 Jahren)

Welche dauerhaft vorliegenden körperlichen, geistigen oder seelischen Gesundheitsstörungen werden von Ihnen geltend gemacht und welcher Arzt behandelt diese?

Vorübergehende Leiden bzw. folgenlos ausgeheilte Erkrankungen stellen keine Behinderung dar!

Hausarzt	
Name und Anschrift	Letzte Behandlung:
wegen welcher Gesundheitsstörungen	Ursache (z. B. Kriegsleiden, Arbeitsunfall, Berufskrankheit, Unfall, angeborenes Leiden, sonstige Krankheit)

Facharzt	
Name und Anschrift, Fachrichtung	Letzte Behandlung:
wegen welcher Gesundheitsstörungen	Ursache (z. B. Kriegsleiden, Arbeitsunfall, Berufskrankheit, Unfall, angeborenes Leiden, sonstige Krankheit)

Facharzt	
Name und Anschrift, Fachrichtung	Letzte Behandlung:
wegen welcher Gesundheitsstörungen	Ursache (z. B. Kriegsleiden, Arbeitsunfall, Berufskrankheit, Unfall, angeborenes Leiden, sonstige Krankheit)

Facharzt	
Name und Anschrift, Fachrichtung	Letzte Behandlung:
wegen welcher Gesundheitsstörungen	Ursache (z. B. Kriegsleiden, Arbeitsunfall, Berufskrankheit, Unfall, angeborenes Leiden, sonstige Krankheit)

Liegen Ihrem Hausarzt Facharztbefunde oder Krankenhaus- und Kurenlassungsberichte vor:

nein ja von: _____

Sind Sie ständig auf einen Rollstuhl angewiesen? nein ja

Wurde ein Antrag auf Blindengeld nach dem Bremischen Landespflegegeldgesetz gestellt?

nein ja zuständige Behörde: _____

Aktenzeichen: _____

Angaben zu Krankenhausbehandlungen (in den letzten 5 Jahren)

Name des Krankenhauses		Behandlung von _____ bis _____	
Abteilung / Station			
Straße, Hausnummer		Behandlung wegen der Gesundheitsstörungen	
PLZ	Ort		
Name des Krankenhauses		Behandlung von _____ bis _____	
Abteilung / Station			
Straße, Hausnummer		Behandlung wegen der Gesundheitsstörungen	
PLZ	Ort		

Angaben zu Kur- und Heilverfahren (in den letzten 5 Jahren)

Name der Kuranstalt		Behandlung von _____ bis _____	
Straße, Hausnummer			
PLZ	Ort	Behandlung wegen der Gesundheitsstörungen	
Name des Kostenträgers, Mitgliedsnummer / Geschäftszeichen			
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort			
Name der Kuranstalt		Behandlung von _____ bis _____	
Straße, Hausnummer			
PLZ	Ort	Behandlung wegen der Gesundheitsstörungen	
Name des Kostenträgers, Mitgliedsnummer / Geschäftszeichen			
Straße, Hausnummer, PLZ, Ort			

Angaben über bisherige Feststellungen/zusätzliche Angaben

Haben Sie bereits einmal bei einem Versorgungsamt einen Antrag gestellt?
(**Schwerbehindertengesetz**, Bundesversorgungsgesetz, Opferentschädigungsgesetz, Soldatenversorgungsgesetz o.ä.)

nein **ja**

Versorgungsamt: _____ Geschäftszeichen: _____

Wurde von einer Berufsgenossenschaft/Unfallkasse oder anderen Behörde bereits eine Feststellung über eine Minderung der Erwerbsfähigkeit getroffen oder läuft ein entsprechendes Verfahren (**z. B. aufgrund eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit**)?
Bitte ggf. Feststellungsbescheide oder entsprechende Unterlagen beifügen.

nein **ja**, bei folgender Berufsgenossenschaft bzw. Behörde
(bitte Namen, vollständige Anschrift, Aktenzeichen angeben)

Erhalten Sie **Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente** (keine Altersrente!) aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder haben Sie einen entsprechenden Antrag gestellt?

nein **ja**, seit dem _____ **ja**, Antrag gestellt am: _____

Name, Anschrift und Aktenzeichen des Rentenversicherungsträgers:

Erhalten Sie Leistungen aus der Pflegeversicherung?

nein ja Pflegestufe: _____ Tag der Untersuchung: _____

Name und Anschrift der Krankenkasse: _____

Bei welchen bisher nicht angegebenen Stellen befinden sich weitere die Gesundheitsstörungen betreffende Unterlagen (Arbeitsamt, private Versicherungen, Betriebsärzte, Gesundheitsämter)?

Name, Anschrift und Aktenzeichen: _____

Tag der Untersuchung: _____

Angaben zur Ausstellung eines Ausweises

Der beantragte Ausweis soll die Voraussetzungen nachweisen für die Zeit

ab Antragseingang oder rückwirkend ab: _____

aus welchem Grund (z. B. steuerliche oder andere finanzielle Gründe)?

Erklärung

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass das Versorgungsamt die für die Feststellung erforderlichen Auskünfte und medizinischen Unterlagen, insbes. (Kur-)Entlassungsberichte, Zwischenberichte, Befundberichte, Untersuchungs- und Röntgenbefunde, Pflegegutachten von den genannten Ärzten, Krankenhäusern, Behörden, Gesundheitsämtern, Gerichten und Sozialleistungsträgern sowie von privaten Kranken- und Pflegepflichtversicherungsunternehmen –auch soweit sie von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Stellen erstellt worden sind- in dem Umfang beizieht, wie diese Aufschluss über die von mir geltend gemachte/n Funktionsbeeinträchtigung/en geben können.

Diese Erklärung erstreckt sich, soweit ich meinen Antrag nicht beschränkt habe, auch auf Unterlagen über psychiatrische, psychoanalytische und psychotherapeutische Untersuchungen/Behandlungen.

Ich genehmige die Verwertung dieser Unterlagen im Feststellungsverfahren und einem eventuell anschließenden Widerspruchsverfahren und entbinde die beteiligten Ärzte insoweit von Ihrer Schweigepflicht.

Passbild

Bitte fügen Sie ein Passbild im Format 35 x 45 mm bei und vermerken Sie auf der Rückseite des Bildes Ihren **Namen** und Ihr **Geburtsdatum**. Ein Passbild ist nicht beizufügen, wenn der Antrag für ein Kind, das noch nicht das 10. Lebensjahr vollendet hat, gestellt wird. Für außergewöhnlich Pflegebedürftige, die das Haus nicht oder nur mit Hilfe eines Krankenwagens verlassen können, kann der Ausweis auf Antrag auch ohne Passbild ausgestellt werden.

Wenn Sie Ihre Behandlungsunterlagen und Entlassungsberichte dem Antrag beifügen, kann dies die Bearbeitungszeit Ihres Antrages deutlich verkürzen.

Datum

Unterschrift des Antragstellers oder des gesetzlichen Vertreters

Beigefügt sind:

Passbild

Einverständniserklärungen

Bitte jede Erklärung unterschreiben und zurücksenden!

Name und Vorname: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

AZ: _____

PLZ, Ort: _____

Vom Versorgungsamt auszufüllen

Einverständniserklärung

Soweit ich keine Unterlagen beifüge oder die von mir beigefügten Unterlagen für eine sachgerechte Entscheidung nach dem SGB IX unter Berücksichtigung der Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit (AHP) nicht ausreichen, erkläre ich mich damit einverstanden, dass das Versorgungsamt die für die Feststellung erforderlichen Auskünfte und medizinischen Unterlagen, insbes. (Kur-)Entlassungsberichte, Zwischenberichte, Befundberichte, Untersuchungs- und Röntgenbefunde, Pflegegutachten von den von mir im Antrag genannten Ärzten, Krankenhäusern, Behörden, Gesundheitsämtern, Einrichtungen für behinderte Menschen, Gerichten und Sozialleistungsträgern sowie von privaten Kranken- und Pflegepflichtversicherungsunternehmen –auch soweit sie von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Stellen erstellt worden sind - in dem Umfang beizieht, wie diese Aufschluss über die bei mir vorliegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen geben können. **Dies gilt auch für Ärzte und Stellen, die dem Versorgungsamt im Laufe dieses Verfahrens (und in einem evtl. Widerspruchsverfahren) durch die von mir ausdrücklich benannten Ärzte oder Stellen noch bekannt gegeben werden.**

Diese Erklärung erstreckt sich, soweit ich meinen Antrag nicht beschränkt habe, auch auf Unterlagen über psychiatrische, psychoanalytische und psychotherapeutische Untersuchungen/Behandlungen sowie bei Kindern - soweit Entwicklungsstörungen geltend gemacht werden - auch für die Anforderung von Schulberichten bei der jeweiligen Schule.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Auskünfte und Unterlagen im Feststellungsverfahren und einem eventuell anschließenden Widerspruchsverfahren verwendet werden und entbinde die beteiligten Ärzte insoweit von ihrer Schweigepflicht.

Ja

Nein

Gegebenenfalls: Das Einverständnis gilt mit folgenden Einschränkungen:

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Daten über meine Gesundheit, die dem Versorgungsamt Bremen mit diesem Verfahren nach dem SGB IX zugänglich gemacht worden sind, auch

- *beauftragten Gutachterinnen/Gutachtern zur medizinischen Beurteilung,*
- *anderen Sozialleistungsträgern für deren gesetzliche Aufgaben, die im Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialleistungen oder wegen der Ausstellung einer Bescheinigung sowie*
- *den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit*

übermittelt werden dürfen (§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 SGB X).

Mir ist bekannt, dass ich der Übermittlung jederzeit für die Zukunft formlos widersprechen kann.

Ihre Verpflichtung zur Mitwirkung in diesem Verfahren ergibt sich aus § 60 Abs. 1 Erstes Buch des Sozialgesetzbuches I (SGB I). Sofern Sie dieser Obliegenheit nicht nachkommen, kann die Feststellung nach dem SGB IX ganz oder teilweise versagt werden, soweit deren Voraussetzungen nicht nachgewiesen sind. Dies gilt auch, wenn die Feststellung aufgrund der von Ihnen verweigerten Einverständniserklärung nicht getroffen werden kann.

Vorstehende Erklärung ist ein **höchst persönliches Recht** und daher ausschließlich von der Antragstellerin/dem Antragsteller, der gesetzlichen Vertreterin/dem gesetzlichen Vertreter, der Betreuerin/dem Betreuer, **nicht aber von der/dem Bevollmächtigten** zu unterschreiben:

.....
(Datum)

Unterschrift als

Antragsteller/in

Gesetzliche/r Vertreter/in

Betreuer/in

Bitte jede Erklärung unterschreiben und zurücksenden!

Name und Vorname: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

AZ: _____

PLZ, Ort: _____

Vom Versorgungsamt auszufüllen

Einverständniserklärung

Soweit ich keine Unterlagen beifüge oder die von mir beigefügten Unterlagen für eine sachgerechte Entscheidung nach dem SGB IX unter Berücksichtigung der Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit (AHP) nicht ausreichen, erkläre ich mich damit einverstanden, dass das Versorgungsamt die für die Feststellung erforderlichen Auskünfte und medizinischen Unterlagen, insbes. (Kur-)Entlassungsberichte, Zwischenberichte, Befundberichte, Untersuchungs- und Röntgenbefunde, Pflegegutachten von den von mir im Antrag genannten Ärzten, Krankenhäusern, Behörden, Gesundheitsämtern, Einrichtungen für behinderte Menschen, Gerichten und Sozialleistungsträgern sowie von privaten Kranken- und Pflegepflichtversicherungsunternehmen –auch soweit sie von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Stellen erstellt worden sind - in dem Umfang beizieht, wie diese Aufschluss über die bei mir vorliegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen geben können. **Dies gilt auch für Ärzte und Stellen, die dem Versorgungsamt im Laufe dieses Verfahrens (und in einem evtl. Widerspruchsverfahren) durch die von mir ausdrücklich benannten Ärzte oder Stellen noch bekannt gegeben werden.**

Diese Erklärung erstreckt sich, soweit ich meinen Antrag nicht beschränkt habe, auch auf Unterlagen über psychiatrische, psychoanalytische und psychotherapeutische Untersuchungen/Behandlungen sowie bei Kindern - soweit Entwicklungsstörungen geltend gemacht werden - auch für die Anforderung von Schulberichten bei der jeweiligen Schule.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Auskünfte und Unterlagen im Feststellungsverfahren und einem eventuell anschließenden Widerspruchsverfahren verwendet werden und entbinde die beteiligten Ärzte insoweit von ihrer Schweigepflicht.

Ja

Nein

Gegebenenfalls: Das Einverständnis gilt mit folgenden Einschränkungen:

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Daten über meine Gesundheit, die dem Versorgungsamt Bremen mit diesem Verfahren nach dem SGB IX zugänglich gemacht worden sind, auch

- *beauftragten Gutachterinnen/Gutachtern zur medizinischen Beurteilung,*
- *anderen Sozialleistungsträgern für deren gesetzliche Aufgaben, die im Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialleistungen oder wegen der Ausstellung einer Bescheinigung sowie*
- *den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit*

übermittelt werden dürfen (§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 SGB X).

Mir ist bekannt, dass ich der Übermittlung jederzeit für die Zukunft formlos widersprechen kann.

Ihre Verpflichtung zur Mitwirkung in diesem Verfahren ergibt sich aus § 60 Abs. 1 Erstes Buch des Sozialgesetzbuches I (SGB I). Sofern Sie dieser Obliegenheit nicht nachkommen, kann die Feststellung nach dem SGB IX ganz oder teilweise versagt werden, soweit deren Voraussetzungen nicht nachgewiesen sind. Dies gilt auch, wenn die Feststellung aufgrund der von Ihnen verweigerten Einverständniserklärung nicht getroffen werden kann.

Vorstehende Erklärung ist ein **höchst persönliches Recht** und daher ausschließlich von der Antragstellerin/dem Antragsteller, der gesetzlichen Vertreterin/dem gesetzlichen Vertreter, der Betreuerin/dem Betreuer, **nicht aber von der/dem Bevollmächtigten** zu unterschreiben:

(Datum)

Unterschrift als

Antragsteller/in

Gesetzliche/r Vertreter/in

Betreuer/in

Bitte jede Erklärung unterschreiben und zurücksenden!

Name und Vorname: _____

Straße, Haus-Nr.: _____

AZ: _____

PLZ, Ort: _____

Vom Versorgungsamt auszufüllen

Einverständniserklärung

Soweit ich keine Unterlagen beifüge oder die von mir beigefügten Unterlagen für eine sachgerechte Entscheidung nach dem SGB IX unter Berücksichtigung der Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit (AHP) nicht ausreichen, erkläre ich mich damit einverstanden, dass das Versorgungsamt die für die Feststellung erforderlichen Auskünfte und medizinischen Unterlagen, insbes. (Kur-)Entlassungsberichte, Zwischenberichte, Befundberichte, Untersuchungs- und Röntgenbefunde, Pflegegutachten von den von mir im Antrag genannten Ärzten, Krankenhäusern, Behörden, Gesundheitsämtern, Einrichtungen für behinderte Menschen, Gerichten und Sozialleistungsträgern sowie von privaten Kranken- und Pflegepflichtversicherungsunternehmen –auch soweit sie von anderen Ärztinnen/Ärzten oder Stellen erstellt worden sind - in dem Umfang beizieht, wie diese Aufschluss über die bei mir vorliegenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen geben können. **Dies gilt auch für Ärzte und Stellen, die dem Versorgungsamt im Laufe dieses Verfahrens (und in einem evtl. Widerspruchsverfahren) durch die von mir ausdrücklich benannten Ärzte oder Stellen noch bekannt gegeben werden.**

Diese Erklärung erstreckt sich, soweit ich meinen Antrag nicht beschränkt habe, auch auf Unterlagen über psychiatrische, psychoanalytische und psychotherapeutische Untersuchungen/Behandlungen sowie bei Kindern - soweit Entwicklungsstörungen geltend gemacht werden - auch für die Anforderung von Schulberichten bei der jeweiligen Schule.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die Auskünfte und Unterlagen im Feststellungsverfahren und einem eventuell anschließenden Widerspruchsverfahren verwendet werden und entbinde die beteiligten Ärzte insoweit von ihrer Schweigepflicht.

Ja

Nein

Gegebenenfalls: Das Einverständnis gilt mit folgenden Einschränkungen:

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Daten über meine Gesundheit, die dem Versorgungsamt Bremen mit diesem Verfahren nach dem SGB IX zugänglich gemacht worden sind, auch

- *beauftragten Gutachterinnen/Gutachtern zur medizinischen Beurteilung,*
- *anderen Sozialleistungsträgern für deren gesetzliche Aufgaben, die im Zusammenhang mit einer Begutachtung wegen der Erbringung von Sozialleistungen oder wegen der Ausstellung einer Bescheinigung sowie*
- *den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit*

übermittelt werden dürfen (§ 69 Abs. 1 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 76 Abs. 2 SGB X).

Mir ist bekannt, dass ich der Übermittlung jederzeit für die Zukunft formlos widersprechen kann.

Ihre Verpflichtung zur Mitwirkung in diesem Verfahren ergibt sich aus § 60 Abs. 1 Erstes Buch des Sozialgesetzbuches I (SGB I). Sofern Sie dieser Obliegenheit nicht nachkommen, kann die Feststellung nach dem SGB IX ganz oder teilweise versagt werden, soweit deren Voraussetzungen nicht nachgewiesen sind. Dies gilt auch, wenn die Feststellung aufgrund der von Ihnen verweigerten Einverständniserklärung nicht getroffen werden kann.

Vorstehende Erklärung ist ein **höchst persönliches Recht** und daher ausschließlich von der Antragstellerin/dem Antragsteller, der gesetzlichen Vertreterin/dem gesetzlichen Vertreter, der Betreuerin/dem Betreuer, **nicht aber von der/dem Bevollmächtigten** zu unterschreiben:

.....
(Datum)

Unterschrift als

Antragsteller/in

Gesetzliche/r Vertreter/in

Betreuer/in